

NRW / Städte / Rheinberg

Steinsalzabbau unter Xanten

Grüne kritisieren Salzbergbau-Pläne

8. Juli 2020 um 07:00 Uhr | Lesedauer: Eine Minute



So sieht es aus, wenn im Borthner Salzbergwerk unter Tage abgebaut wird. Foto: Antje Seemann

Rheinberg. Sowohl der Rheinberger Bürgermeisterkandidat Dietmar Heyde als auch die Weseler Kreistagsfraktion fordern eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Auch solle es eine Bürgerbeteiligung geben.

Die Pläne von K+S, Betreiber des Borthner Salzbergwerks, zwei Erkundungstunnel zu den beantragten Salzabbaustätten nordwestlich von Birten anzulegen, beschäftigen die Grünen. Dietmar Heyde, Bürgermeister-Kandidat in Rheinberg, sieht das Vorhaben kritisch. K+S beabsichtige, zwei Erkundungstunnel einzurichten, die gleich nutzbar wären für den Abbau der Lagerstätten, für die es noch keine Genehmigung gebe. Das offenbar ohne Umweltverträglichkeitsprüfung, weil ein von K+S beauftragtes Gutachten ergeben habe, dass nur mit „leichten Vibrationen oder Geräuschen“ im südlichen Randbereich von Xanten zu rechnen sei und es nicht zu Schäden an Gebäuden oder Infrastruktur kommen würde, vermutet Heyde.



„Es kann doch nicht sein, dass Firmen selbst entscheiden können, wie sie in die Landschaft eingreifen können“, so Heyde. „Und auch der Hinweis auf den Erhalt von regionalen Arbeitsplätzen kann nicht alles rechtfertigen. Die Abwägungsprozesse müssen die Interessen der Anwohner und die Erfordernisse des Umwelt- und Naturschutzes berücksichtigen – und das soll und muss durch die entsprechenden Behörden gemacht werden und nicht durch die Firmen selbst.“ Hinzu komme, dass das Bergrecht Entscheidungen ermögliche, die nicht mehr nachvollziehbar seien.

Unterdessen weisen die Kreisgrünen darauf hin, dass „die altbekannten Probleme der Bürger in Rheinberg, Wesel und Alpen mit dem Salzbergbau noch immer ungelöst sind, da treten in Xanten schon neue Sorgen und Fragen rund um die nordwestlich von Birten geplante Erweiterung des Abbaugebiets am linken Niederrhein auf“, so Manfred Schramm als Geschäftsführer der Grünen-Kreistagsfraktion.

Mit dem neuen Planungsgebiet seien zukünftig wesentlich mehr Bürger von den Folgen des Salzbergbaus wie etwa Gebäudeschäden betroffen. Deshalb müsse eine Bürgerbeteiligung erfolgen. Und eine Umweltverträglichkeitsprüfung sei unabdingbar. Großflächige Geländeabsenkungen bedeuteten Hochwassergefahren für die betroffenen Gebiete. Dort müsse zukünftig dauerhaft abgepumpt werden. Die Kosten für die direkten Folgen und für die Ewigkeitslasten müssten von K+S als Verursacher getragen werden. Das Unternehmen müsse Rücklagen bilden.

